

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Die Linke

### **Mehrheitsanteile der GASAG übernehmen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, mit den Anteilseignern der GASAG Vattenfall, E.ON und GDF SUEZ Gespräche mit dem Ziel aufzunehmen, als Land Eigentumsanteile an der GASAG zu erwerben. Dabei soll eine mindestens 51%ige Beteiligung des Landes an der GASAG und die Übernahme der unternehmerischen Führung, ggf. auch mit einem kommunal orientierten strategischen Partner, angestrebt werden.

#### ***Begründung:***

Im Verfahren zur Vergabe der Gasnetzkonzession hat der Senat entschieden, sich mit dem landeseigenen Unternehmen „Berlin Energie“ für eine 100%ige Übernahme des Gasnetzes zu bewerben. Gleichzeitig hat das Land die anderen Bewerber aufgefordert, neben dem konzessionsvertraglichen Angebot auch eine Kooperationslösung mit einem 51%igen Landesanteil anzubieten.

Der Cashflow der GASAG stammt zu mehr als 50 Prozent aus dem Netzbetrieb. Ein vollständiger oder weitgehender Entzug dieses Cashflows durch eine vollständige oder 51%ige Übernahme des Gasnetzes würde das von allen Fraktionen des Abgeordnetenhauses grundsätzlich begrüßte neue Geschäftsmodell der GASAG als „Energiemanager“ und „Partner in der Energiewende“ gefährden oder gar verunmöglichen und wäre obendrein mit einer Gefährdung von Arbeitsplätzen bei der GASAG verbunden. Der Einwand, die GASAG erhalte ja einen Kaufpreis für das Netz, der für Investitionen in die Energiewende genutzt werden kann, geht fehl. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass – insbesondere angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowohl von E.ON als auch von Vattenfall in Deutschland – der

Kaufpreis nach Ablösung der Kredite als Gewinn an die Mutterkonzerne abgeführt wird und damit nicht mehr für die Energiewende in Berlin zur Verfügung steht.

Mit seiner Bewerbung für das Gasnetz hat der Senat sein Interesse deutlich gemacht, im Sinne der Energiewende unternehmerischen Einfluss auf die Gas- und Wärmeversorgung in Berlin zu nehmen. Die energiepolitischen Ziele des Landes betreffen nicht nur den regulierten Netzbereich, sondern auch den wettbewerblichen Bereich wie die Bereitstellung von Energiedienstleistungen, die Erzeugung und den Vertrieb erneuerbarer Energie und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Sinnvoll kann dies jedoch nur geschehen, wenn das Land unabhängig vom Ausgang des laufenden Konzessionsverfahrens auch in eine Eigentümerstellung bei der GASAG gelangt. Dies ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Sollte nach dem Ausscheiden von Alliander im Konzessionsverfahren die GASAG erfolgreich und weiter alleiniger Netzbetreiber sein, kann der gewünschte energiepolitische Einfluss nur über eine Veränderung der Aktionärsstruktur der GASAG zugunsten des Landes erreicht werden. Sollte aus dem Konzessionsverfahren das Land erfolgreich als künftiger Netzbetreiber hervorgehen, kann nur durch eine gleichzeitige Beteiligung des Landes an der GASAG sichergestellt werden, dass der Cashflow aus dem Netzbetrieb der GASAG wieder zur Verfügung steht – und damit auch zur Umsetzung der energiepolitisch begründeten Ziele des Landes eingesetzt werden kann.

Für eine Eigentümerstellung des Landes bei der GASAG spricht wesentlich, dass mit einer Weiterentwicklung des Geschäftsmodells der GASAG als „Energiemanager“ und ihrem Einstieg auch in das Stromgeschäft das geplante Berliner „Stadtwerk“ mit der GASAG als Kern eine gänzlich andere Dimension erreichen könnte. Das „Stadtwerk“ müsste somit nicht auf der „grünen Wiese“ in einem langwierigen Prozess völlig neu aufgebaut werden. Stattdessen wäre ein wesentlich schnellerer, umfassenderer, risikoärmerer und chancenreicherer „fliegender Start“ des „Stadtwerks“ möglich. Über eine Beteiligung an der GASAG könnte das Land angesichts der 75%igen GASAG-Beteiligung an der „Energie Mark Brandenburg“ (EMB) auch zu einer engeren energiepolitischen Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg gelangen. Angesichts der Überlegungen innerhalb des Vattenfall-Konzerns, die wenig erfolgreichen Deutschlandaktivitäten aufzugeben, hätte das Land mit einer Mehrheitsbeteiligung an der GASAG auch eine unternehmerische Plattform, mit der bei einer möglichen Desinvestition des Vattenfall-Konzerns in seinem Deutschland-Geschäft bisherige Aktivitäten von Vattenfall in Berlin übernommen werden könnten.

Bereits in den Jahren 2009/2010 versuchten Vattenfall und E.ON, ihre GASAG-Anteile zu veräußern, da die GASAG-Beteiligung für sie nicht mehr von strategischem Interesse war. Unter anderem auf Grund der Finanzkrise scheiterte der damalige Versuch. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beider Konzerne stehen die Chancen für einen Anteilserwerb durch das Land Berlin gut. Diese Chance sollte genutzt werden.

Berlin, d. 08. Mai 2013

U. Wolf                      H. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke